2014\_01\_11\_Pressemitteilung des Schweinfurter Aktions-Bündnis gegen Atomkraft

Sind neue Stromtrassen nötig für die Energiewende?

Das „Schweinfurter Aktions-Bündnis gegen Atomkraft“ hatte am Samstag, den 10.01.2015 in die Disharmonie zum Thema „Sind neue Stromtrassen nötig für die Energiewende?“ eingeladen. Es sprach Erich Waldherr, der Referent für Energiefragen des Bund Naturschutz. Die TeilnehmerInnen der gut besuchten Veranstaltung haben sich interessiert in die Diskussion eingebracht.

Vorgestellt wurde das Projekt SuedLink aufgrund der von TenneT bei den Fachgesprächen vorgetragenen Informationen. Diese wurden dann hinterleuchtet und ergänzt durch andere zugehörige Themen, bei denen sich TenneT und Bundesnetzagentur nach wie vor weigern, Fakten offenzulegen. Tennet redet bei den Pseudo-Bürgerbeteiligungen nur über das „Wo“ die Trassen verlaufen sollen und prüft nur dazu Bürgervorschläge. TenneT belegt nicht, dass die Trassen gebraucht werden.

Auch die Frage, wie viel Windstrom ggf. über SuedLink kommen könnte, wurde behandelt. Es wäre erschreckend wenig und zudem davon abhängig ob der Wind weht und wie stark. Eine Stromtrasse zur Versorgungssicherheit von Bayern wäre es sicher nicht!

Die entscheidende Frage, ob Bayern für die Versorgungssicherheit neue Stromtrassen braucht, wenn alle Atomkraftwerke in Bayern 2022 abgeschaltet sind, wurde auch gestellt. Die Antwort ist in der Drucksache 17/2181 des bayerischen Landtags zu finden. Dort nimmt das „Bayerische Staatsministeriums für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie“ zu der Anfrage der Grünen zu „Eckdaten der Stromversorgung Bayerns 2013“ Stellung. Demnach gibt es in Bayern eine sicher

verfügbare Stromerzeugungskapazität von fast 10 GW (ohne Atomkraft, Windkraft und Photovoltaik) und bestehende 380 kV-Stromleitungen von 8 GW in die Nachbarländer (ohne die Leitungen für Atomstrom nach Tschechien). 2015 soll die „Thüringer Strombrücke“ mit 2 GW dazukommen. Der Strombedarf soll in Bayern bei 12,5 GW liegen.

Fazit: Die sichere Stromversorgung ist also gewährleistet!

Da letztendlich die Bundestagsabgeordneten über den Bau entscheiden, werden alle Menschen, die SuedLink (und anderen neuen Stromtrassen gegenüber) skeptisch sind, aufgefordert an die Bundeskanzlerin, den Bundeswirtschaftsminister und die regionalen MdB und MdL Briefe zu schreiben. Darin sollen sie u.a. fordern, dass alle Planungsarbeiten und ggf. Bauarbeiten zu den geplanten Stromtrassen sofort eingestellt werden!

Erst wenn die Bundesnetzagentur die Notwendigkeit neuer Trassen nachvollziehbar und transparent dargelegt hätte, wäre über das „Wo“ diese Trassen verlaufen sollten und das „Wie“ (Erdkabel oder Freileitungen, Gleichstrom oder Wechselstrom, Spannungsebene) zu diskutieren und zu entscheiden. Voraussetzung dafür sind schlüssige Energiekonzepte und neue Energieprogramme in Bund und Ländern. Der Netzausbau muss der Energiewende zum Umstieg auf 100 Prozent Erneuerbare

Energien dienen!

Bei der Bedarfsplanung ist nach EU-Recht die Prüfung von Alternativen und eine strategische Umweltprüfung (SUP) erforderlich. Einzubeziehen sind auch Zukunftsszenarien bezüglich der politisch formulierten Ziele zu Stromeinsparung, Kraft-Wärme-Kopplung (BHKW), Möglichkeiten der Kappung von Stromspitzen und Flexibilisierungsoptionen. Dies alles ist bisher nicht geschehen. Die Bundesregierung verstößt also gegen EU-Recht!

Die Politiker sollten auch daran erinnert werden, dass sie dem Wohl der Allgemeinheit und ihrem Gewissen verpflichtet sind. Gemeinwohl muss vor Profitinteressen gehen!

Vor der Planung neuer Stromleitungen muss zwingend das Energiewirtschaftsgesetz, also das Strommarkdesign, reformiert werden. Konventionelle Kraftwerke dürfen bei ausreichender Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien kein gesichertes Einspeiserecht mehr haben. Nur damit kann das Ziel der Energiewende (weniger Kohlestrom und mehr Erneuerbare Energien bis hin zu 100% Erneuerbare Energien) erreicht werden. Stromspeicher in allen Formen (Batterien, Power to gas, Power to liquid usw.) sind zu forcieren.

Informationen zur aktuellen Situation:

Gemäß Energieleitungsausbaugesetz von 2009, Netzentwicklungsplan von 2013 und Bundesbedarfsplangesetz von 2013 sollen die Stromnetze für eine Einspeisung von Kohlestrom zeitgleich zu Starkwindeinspeisung ausgebaut werden, auch wenn dieser Kohlestrom zur Versorgungssicherheit nicht gebraucht wird und zu negativen Strompreisen führt. Der angebliche Einspeisevorrang für Erneuerbare Energien wird damit konterkariert, der Klimaschutz ebenso. Die geltende Rechtslage (§ 12 Abs. 3 EnWG) bietet eine Einspeisegarantie für Kohlekraftwerke und fördert dadurch einen Netzausbau für Kohlekraftwerke für die auf den Terminstrommärkten

verkauften Strommengen. Damit steht der Bau dieser neuen Leitungen im Widerspruch zu den Zielen der Energiewende.

Dass wir einen Überschuss an Stromerzeugungskapazitäten haben zeigt der steigende Netto Stromexport ins Ausland, trotz Stilllegung einiger Atomkraftwerke. Im aktuellen Berliner Koalitionsvertrag ist die Möglichkeit vorgesehen, seltene Stromspitzen aus Windkraft abzuregeln. Dies ist bei den derzeitigen Netzausbauplanungen nicht berücksichtigt. Die Begrenzung der Stromeinspeisung um 30 Prozent der Nennleistung soll nur 1 bis 2 Prozent Ertragsminderung bringen.

Ein Ausgleich dafür würde nicht einmal 0,2 ct/kWh kosten. Für diese Spitzen eine Stromtrasse zu bauen, würde die Bürger viel mehr belasten und widerspricht dem im Energiewirtschaftsgesetz vorgeschriebenen Gebot der wirtschaftlichen Zumutbarkeit.

Die Kosten des Netzausbaus bleiben lt. Prof. Dr. Jarass von der Uni Regensburg auch beim Netzentwicklungsplan 2014 unberücksichtigt. Kohlekraftwerke im Norden – für die die neuen Stromtrassen gebaut werden müssten - erscheinen (Merit Order) deshalb billiger als Gaskraftwerke im Süden. Ein schwerer methodischer Fehler in der Bedarfsanalyse des Netzentwicklungsplans. Der Bau neuer Stromtrassen würde den Bau und Betrieb von Gaskraftwerken endgültig unrentabel machen. Diese werden aber mit fortschreitendem Anteil Erneuerbarer Energien dringend für Regel-

und Reserveleistung gebraucht. Sie können den Ausbau Erneuerbarer Energien flankieren und die für die Energiewende zwingend erforderliche mittelfristige Abschaltung der Braunkohlekraftwerke absichern. Es spricht alles dafür, kleinere dezentrale Reservekraftwerke in Bayern in Regionen

zu errichten, wo das Defizit am größten ist. Dadurch eröffnen sich Möglichkeiten einer kostengünstigen Ertüchtigung bestehender Leitungen.